

Hurra, wir sind aus der Krise! Sind wir das? Und wie lange noch?

Rainer Bartel

Wachstum von Produktion und Beschäftigung müssen nicht hinreichen, um nicht (mehr) in der Krise zu sein. Hinter den nüchternen Zahlen amtlicher Statistik verbergen sich ungeahnte Kosten der Krise. Vielleicht ist es uns ganz recht, die unmittelbar von der Krise Betroffenen selbst für ihr Leid verantwortlich zu wännen. Im Gefolge der aktuellen Wirtschaftsprobleme bietet sich ein Blick zurück in die kurze und lange Vergangenheit an, der auf Ähnlichkeiten hindeutet. Einerseits stehen bislang missachtete warnende Stimmen kritischer Ökonominen wie Hyman Minsky höher im Kurs und werden Konjunkturprogramme keynesianischer Art realisiert. Andererseits lassen wir die Finanzmärkte nahezu ungehindert weiter an ihrer Dominanz gegenüber staatlicher Wirtschaftspolitik arbeiten und streben auch deshalb nach baldigem Budgetausgleich über Ausgabeneinsparungen bei fast unveränderter Steuerart. Haben wir der zentralisierten Geld- und Währungspolitik Dezentrales sinnvoll zur Seite zu stellen? Eine Zentralisierung nationaler Wirtschaftspolitiken bei der EU dürfte weitere Gefahren bergen. Es geht längst und immer mehr um die verschleppte Grundsatzfrage, was wir gesamtwirtschaftlich für entscheidend halten und was wir unter EU-Wirtschaftspolitik verstehen wollen. Danach sowie mit Blick auf mögliche Korrekturen sollten die Institutionen ausgerichtet werden. Demokratie steht in Gefahr, tendenziell durch „Marktzwänge“ ersetzt zu werden. Die Zeit von Alibi-, Ersatzhandlungen und Symptomkuren sollte bald enden. Wer hat die besseren Argumente, wer die größere Resistenz gegen Änderungen?